

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Sammelt für Berlin!
Berlin muß siegen!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / K
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jugend

Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft, Dresden, K. L. Güterbahnhofstr. 2
Erscheinungszeit: Dresden 18 Uhr
Sprechstunden: Montag 10-12 Uhr, Dienstag 10-12 Uhr, Mittwoch 10-12 Uhr, Donnerstag 10-12 Uhr, Freitag 10-12 Uhr, Samstag 10-12 Uhr, Sonntag 10-12 Uhr

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 29. Oktober 1930 Nummer 253

Alarm für alle Arbeiter Deutschlands! Niederträchtiger Dolchstoß soll die Front der Metallarbeiter zur Streide bringen

Verrat in Berlin — Bedingungslose Kapitulation der SPD-Führer vor Brüning und dem Unternehmertum — Jetzt äußerste Verstärkung eurer Solidaritätsaktion! — Sammelt Munition! — Führt den Kampf um eure Forderungen!

Berlin, 29. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)
Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium wurden gestern abend zwischen der Regierung Brüning, den Unternehmern und den Gewerkschaftsführern folgende Vereinbarungen getroffen:
Die Arbeit wird sofort zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt. Die Entscheidung der im Schiedsgericht vom 10. Oktober behandelten Fragen erfolgt durch Schiedsgericht einer Schlichtungsstelle. Sie besteht aus drei „Unparteiischen“, die vom Reichsarbeitsminister nach Benehmen mit beiden Parteien ernannt werden.
Die Verhandlungen vor der Schlichtungsstelle sind äußerlich bald zu beginnen. Die Entscheidung hat spätestens in den ersten Tagen des November zu erfolgen und ist endgültig. (1)
Den Vorsitz des neuen Schiedsgerichts wird voraussichtlich der frühere Zentrums-Reichsarbeitsminister Dr. Braun führen.

Wenn die Armee der Metallarbeiter nicht mehr im Kampf steht, wenn sie in die Betriebe zurückgegangen sind, dann soll durch das neue Schiedsgericht der Lohnraub differtiert werden.
Ulrich führt den schäuflichsten Verrat, den gemeinsten Streikbruch, die demütigste Preisgabe der Interessen der Berliner Metallarbeiter an die industriellen Schatzmacher durch.
Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition fordert die Metallarbeiter auf, sofort in großen Versammlungen zu beschließen: Wir pfeifen auf die Vereinbarung! Wir streiken weiter! Wir

verstärken sofort den Streikschuß auf der ganzen Linie! Wir führen den Streik unter selbstgewählten Kampfleitungen für die Kampfforderungen der KPD bis zum Sieg weiter!
Aber das Judaswerk der Bürokratie ist nicht nur eine Angelegenheit des Proletariats. Der Sieg, den die Berliner Metallindustriellen beim Abbruch des Streikes erzielen würden, würde die ungeheuerlichsten Folgen für die Arbeiter ganz Deutschlands haben.
Der Niederlage in Berlin würde ein Schandschiedsgericht für die sächsische Metallindustrie auf dem Fuße

Hoch das revolutionäre Streifbanner! KPD-Konferenz beschließt: Keine Zahlung der Mieten, Gas, Wasser und Licht, Einbeziehung der Lehrlinge in den Streik — Verstärkung des Streikschutzes — Entfernung der Polizei von den Betrieben

Berlin, 28. Oktober. (Eigener Bericht.)
Im Zirkus Busch fand heute vormittag eine große, von der KPD einberufene Delegiertenkonferenz der streikenden Metallarbeiter statt. Die Konferenz war von allen streikenden Betrieben der Metallindustrie beauftragt. Es waren über 3000 Delegierte anwesend. Das Referat hielt im Auftrag der KPD-Industriegruppenleitung Metall der Genosse Ulrich, dessen Ausführungen mit stürmischem Beifall begrüßt wurden.
Die Konferenz faßte eine Reihe entscheidender Beschlüsse für die Fortführung des Kampfes. Gegenüber den Versuchen der Gewerkschaftsbürokratie und der Unternehmer, den Streik durch Einsetzung eines neuen Schlichters und Fällung eines Schiedspruches, der, wie immer er auch ausfallen mag, die Durchführung des Lohnraubs bedeutet, beschloß die Konferenz, den Kampf für die Forderungen der Metallarbeiter unter der Führung der KPD fortzusetzen. In der einstimmig angenommenen Entschließung heißt es: „Die Berliner Metallarbeiter pfeifen auf Schlichtungs-

differte der Diktaturregierung Brüning und ebenso auf die Vereinbarung der Brüning, Borjig, Severing und Ulrich.“
Es wurde beschlossen, den Streikschuß zu verstärken, die Lehrlinge reiflos in den Streik einzubeziehen und die Zurückziehung der Polizei zu fordern.
Die Arbeiter in allen Industriestädten werden aufgefordert, revolutionäre Kampfsolidarität mit den streikenden Metallarbeitern zu üben und den Kampf für ihre eigenen Forderungen aufzunehmen.
Die Konferenz beschloß: Am 1. November zahlt kein streikender Metallarbeiter Miete und die Rechnungen für Gas, Wasser, und elektrisches Licht. Müssen die Hausbesitzer und die Städtischen Werke ihre Rechnungen bei Borjig, Siemens usw. kassieren! Die Konferenz forderte die sofortige Behandlung der durch die kommunistische Stadtverordnetenfraktion gestellten Anträge zur Unterbindung der Metallarbeiter und beschloß, Demonstrationen der streikenden Metallarbeiter vor die Bezirksämter durchzuführen. Es wurden ferner entscheidende Beschlüsse gefaßt, die KPD zu einer Klärungsorganisation der kämpfenden Metallarbeiter auszubauen, um noch besser für die kommenden Kämpfe gerüstet zu sein.
Die Metallarbeiter appellieren an die Arbeiter in ganz Deutschland, jede Streikbrucharbeit zu verhindern, die Solidaritätsaktion zu steigern und den Kampf um ihre eigenen Forderungen aufzunehmen.

Ein frecher Anschlag auf Dresdens wert-tätige Bevölkerung

Sächsische Gemeindefammer verordnet Kagen- und Hunde-, Getränke- und Musikinstrumentensteuer — SPD stimmt zu — Heraus zum Protest!

Dresden, 29. Oktober.
Die Gemeindefammer beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Montag insbesondere mit dem Dresdener Haushaltsplan. Die Beschlüsse des Dresdener Stadtverordnetenkollegiums wurden aufgehoben und statt dessen die Einführung der Kagensteuer, der Getränkesteuer, der Musikinstrumentensteuer und die Erhöhung der Hundesteuer verfügt. Die sozialdemokratischen Vertreter stimmten lediglich gegen die Getränkesteuer. Der Kagen- und Hundesteuer stimmten sie zu. Bei der Musikinstrumentensteuer enthielten sie sich der Stimme.
Ist schon das Diktat der Gemeindefammer ein Schandstück, so zeigt sich die Sozialdemokratie so verteidigte bürgerliche Demokratie, so zeigt sich Verfall bei der Zustimmung, daß sie selbst eine der treibenden Kräfte auf dem Wege der Faschisierung der Staatsgewalt sind.
Der unerhörte Beschluß der Gemeindefammer bedeutet für tausende Dresdener Arbeiter und Mittelständler neue unerhörte Belastung. Die Kommunistische Partei zeigte als einzige den Weg, das Diktat der steuerlichen Massenplünderung zu zer-

reißen. Nicht Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, sondern außerparlamentarischer Waffenkampf ist die Lösung. Die Kommunistische Partei wird bereits in den nächsten Tagen zu Massenkundgebungen gegen das Steuerdiktat aufrufen.

Faschismus an der „Macht“ Nazi-Franzen führt Diktatursteuern ein

Wie Feld in Thüringen, hat auch jetzt der neue Naziminister Braunichweige, Franzen, dem Landtag eine Vorlage zugehen lassen, in der die Erhebung der Bier-, Kafi- und Getränkesteuer verordnet wird. Die Gemeinden, die sich weigern, diese Diktatursteuern zu beschließen, werden ihres Selbstverwaltungsrechtes entbunden. So reißen sich die faschistischen Jungfrenken würdig den Fühern der SPD an, die, wie in Freuden, ebenfalls Brüning's Diktatursteuern verordnet haben.

Unternehmerangriff auch auf Angestelltengehälter

Berlin, 29. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)
Witten in dem Schacher der sozialfaschistischen Verräter Ulrich, Eckert u. Co. plant wie eine Bombe die Mitteilung, daß der Verband Berliner Metallindustrieller in einem Rundschreiben am 25. Oktober sämtliche Mitgliedsfirmen aufgefordert hat, am 31. Oktober 1930 eine Kündigung der Angestellten mit Wirkung zum 31. März 1931 vorzunehmen, um einen großzügigen Gehaltsabbau durchzuführen. Die Siemens und Borjig können nur so frech sein, weil sie bereits die Zusage des Verrats der reformistischen Gewerkschaftsführer an den Berliner streikenden 140 000 Metallarbeitern in der Tasche haben.

Neuer Monsterprozeß gegen 49 Arbeiter

Wieder ist gegen 49 Arbeiter, die in Bernburg am Anfang September durch die Nazis in eine Schlägerei verwickelt wurden, Anklage erhoben worden. 31 der Angeklagten sitzen in Untersuchungshaft. Kein einziger Nationalsozialist ist angeklagt. Aber 200 Zeugen will die Staatsanwaltschaft gegen die Arbeiter aufmarschieren lassen. Wieder zeigt die Klassenjustiz, daß sie die Nazis in ihrem Terror gegen revolutionäre Arbeiter direkt begünstigt und die sich Wehrenden ebendrei bestraft werden.